Morgen-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis für Berlin 30 Pfg.

60. Jahrg. | Sonnabend, 5. März 1921 | Nr. 107

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage, Sonntags die illustrierte Bilderwelt, Mittwochs abwechselnd eine Beilage „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernspr. Nollendorf 4283-86.

Bezugspreis monatlich Mk. 4.2.— Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerhalb bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Finnland, Holland, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband einer Zeitungsspedition. Preis für die 33 mm breite mm-Zeilengrundzeile Mk. 1.60, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5950-55.

Tages-Spiegel.

Der Sachverständigenausschuß, der unter Leitung des Reichskanzlers tagte, stellte sich einstimmig auf den Standpunkt, daß die Drohungen der Entente die Regierung nicht von ihrem Standpunkt abringen dürfen.

★

Zwischen der deutschen Delegation in London und dem Berliner Kabinett finden ein lebhafter Gedankenaustausch auf funkentelegraphischem Wege statt.

★

Im Reichswirtschaftsrat erklärte der Vertreter des Reichsverkehrsministers, daß die Absicht der Regierung, am 1. April die reichseigene Verwaltung der Wasserstraßen einzurichten, sich noch nicht verwirklichen lasse.

★

Der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation teilt die Bedingungen seines Eintritts in den Elektro-Montan-Konzern mit.

★

In seiner Amtsantrittsrede verurteilt Harding in den stärksten Ausdrücken jeden kriegerischen Offensivgeist.

★

In Moskau begann eine russisch-türkische Konferenz zur Regelung der beiderseitigen Beziehungen.

Der Fehlspruch von Versailles.

Von

Georg Karo.

Vorbemerkung der Redaktion: „Für die Alliierten", so sagte Herr Lloyd George in seiner Londoner Rede, „ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn dieses Anerkenntnis verweinert oder aufgeweicht wird, ist der Vertrag hinfällig." — Er ist hinfällig! Das Anerkenntnis unserer Schuld ist uns in Versailles auf der Folter abgepreßt worden. Leiden wir noch im Mittelalter und dächten wir in den Denkformen des Mittelalters, so würden wir es selbstverständlich finden, daß Herr Lloyd George das Geständnis eines unter Folterqualen stehenden alten Weibleins, es habe mit dem Teufel Buhlschaft getrieben, für baare Münze nehmen könnte oder es unmöglich mehr für baare Münze nehmen und dementsprechende kann er, wenn er sich auch nur noch eine Spur gerechten und menschlichen Denkens bewahrt hat, auf das und auf der Folter abgepreßte Schuldbekenntnis bauen. Zu welchem Zweck man und an diesem Schuldbekenntnis festhalten hat, wird jetzt erst allen klar, da man uns, gestützt auf dieses Bekenntnis, phantastische Milliardensummen abdressieren will. Das sollte wohl von vornherein der Zweck der Nötigung, mit der man uns, und da dieses Zweck zu erreichen gilt, veranlaßt Herr Lloyd George, daß er vor allem Volk des Vertrages erzählt haben hat, es seien sämtliche Staatsmänner in diesen Krieg hineingeschlittert. Herr Lloyd George hatte ganz recht, als er in seiner vorerwähnten Rede sagte, daß die Alliierten die Tatsache in Rechnung stellen müßten, daß die deutsche Regierung mit offenbarer Unterstützung der deutschen öffentlichen Meinung die eigentliche Grundlage des Vertrages von Versailles anficht. Daß deutsche Volk und seine Regierung fechten in der Tat diese eigentliche Grundlage des Vertrages von Versailles mit äußerster leidenschaftlichkeit an, und sie werden nicht eher ruhen, bis sie in Trümmer geschlagen ist, weil sie nicht die Grundlage des Rechtes, sondern des schreiendsten Unrechtes ist, eines Unrechtes, dessen die Welt, soweit sie noch moralisch zu denken vermag, sich zu schämen allen Anlaß hat.

Die nachfolgende Besprechung des soeben erschienenen Buches von Bernhard Schwertfeger „Der Fehlspruch von Versailles"[*] zeigt den Lesern aufs neue, wie ausschlußlos die Versuche unserer früheren Feinde sind, ihre eigene Schuld am Kriege zu verhüllen und sich eine Basis für ihre Gewaltansprüche zu schaffen, indem sie uns die alleinige Schuld am Kriege aufbürden.

★

Man darf behaupten, daß in Deutschland während der letzten Jahre keine wichtigeren Probleme und die entscheidenden Publikationen besonders wenig Beachtung gefunden haben. Auf die Gründe gehe ich hier nicht ein: die traurige Tatsache und ihre verheerenden Folgen müssen aber immer wieder betont werden, wenn es endlich besser werden soll. Auf der Schuldfrage baut sich der gesamte Vertrag von Versailles auf; von ihr hängt die Entscheidung ab, ob wir in Zukunft Franzosen der Entente sein sollen oder nicht. Trotzdem erregt kaum eine wichtige politische Frage bei den meisten Deutschen so wenig Interesse wie gerade diese. Für Deutschlands Friedensliebe während der gewitterschwülen Jahre vor dem Kriege und für die Kriegsverhütungsversuche der Regierung bildet es eine besonders wertvolle, sicher unschätzbare Quelle: die Berichte der belgischen Gesandten in den europäischen Hauptstädten an ihre Regierung — Berichte meist hervorragend klarer Diplomaten, denen die geschärfte Sorge ihres kleinen Vaterlandes inmitten der hadernden Großmächte den Blick für politische Entwicklungen und Verwicklungen außerordentlich geschärft hatte. Diese Berichte — wenigstens die aus den letzten fünfzehn Jahren — liegen seit 1919 unversehrt gesammelt vor.[*] Kein Mensch hat außerhalb des kleinen Kreises der Spezialforscher diese fünf Bände gelesen — aber auch nicht den bequemen Auszug aus belgischen Aktenstücken, den uns der Schweizer Historiker Zaiertbeck geschenkt hat (Die Großmachtspolitik der letzten zehn Friedensjahre, Basel 1918). Nun hat es der hochverdiente Herausgeber jener Dokumente, Oberst Bernhard Schwertfeger, noch einmal versucht, die öffentliche Meinung in größter Nähe zu erreichen. Sein soeben erschienenes Buch (Der Fehlspruch von Versailles, Berlin 1921, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte) gibt auf wenig über 200 Seiten einen Extrakt der belgischen Aktenstücke, der größte Knappheit mit durchsichtiger Klarheit und strengster Wahrheitsliebe und Objektivität mit unwiderlegbarer Beweiskraft verbindet. Bei jeder Gelegenheit kommen die belgischen Berichterstatter selbst zu Wort; besonders hält sich Schwertfeger im Hintergrunde, abgesehen von seiner vortrefflichen knappen Einleitung. Das Buch ist ein Denkmal für die ausgezeichnete historische und schriftstellerische Tradition unseres Großen Generalstabes, dessen Auflösung unsere Feinde gewiß gleich so sehr um seines geistig erzieherischen Wertes willen wie seiner militärischen Bedeutung willen erzwungen haben. Aber es ist noch sehr viel mehr: es bietet zugleich einen Abriß europäischer Politik von der Reichsgründung bis zum Kriegsausbruch und eine so einleuchtende, zwingende Rechtfertigung der deutschen Friedenspolitik, wie wir sie nur wünschen können. Diese wahrhaft unparteiischen belgischen Diplomaten, mögen sie aus London oder Paris, Wien oder Petersburg, Berlin oder Rom berichten, mögen Einflüsse der sie umgebenden nationalen und politischen Atmosphäre im einzelnen verschieden auf sie wirken, sind einig in ihrem Urteil über die unbeirrte, fast leidenschaftliche Friedensliebe Kaiser Wilhelms und seiner Regierungen. Sie verzeichnen Irrtümer, sie tadeln Fehler oder Torheiten, aber an dem guten Willen der Deutschen und ihrem heißen Bemühen um den Frieden zweifeln sie nie. Immer von neuem, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, wird die friedliche Tendenz des Dreibundes hervorgehoben, immer wieder in scharfen Kontrast gestellt zu den Revanchebestrebungen französischer und der Länderger Rußlands und Englands. Zahllos sind die Aeußerungen dieser französisch schreibenden und denkenden Belgier über die aggressiven Ziele Frankreichs bei seinem Streben nach dem Zweibund, seinem begeisterten Eingehen auf die ausschließlich gegen Deutschland gerichtete Entente englischer Kreise. Wenn man diese Berichte liest, steigt ein Bild vor einem auf: in der Mitte der deutsche Friede, seine Pfeile tauchend, unbeirrbar, ruhig um sich blickend nach den Klugen, geschäftigen Leuten ringsum, die überall Zündstoff aufhäufen, wo ein Funke von der Pfeife oder eine unbedachte Bewegung ihn entzünden kann. Darum hat man so nicht gefaßt, und weil der letzte Funke aus Michels Pfeife kam, schimmt man ihn jetzt in der Welt den Alleinschuldigen. Wie es damit in Wahrheit steht, kehrt nicht besser als jene belgischen Berichte, die in ihrer Gesamtheit ein unübertrefflich klares Bild geben.

Nun den neuen Stellen, die ich zum Beweise anführen könnte, greife ich nur ein paar heraus: „Deutschlands Bedeutung in den internationalen Angelegenheiten wird bedeutend. Das ist ein europäisches Unglück" (S. 140, Berlin, 6. 2. 1911.) Und wer den Verfasser dieser Berichte, Baron Greindl, für allzu deutschfreundlich halten wollte, der höre seinen Nachfolger, Baron Beyens, dessen Buch „L'Allemagne avant la guerre" wahrlich Hab genug atmet. „Churchill ... steigert den Revanchewunsch der Franzosen auf den Siedepunkt und stärkt den Pazifismus. Er liefert selbst Stoff zu dem Brande, den man auf beiden Seiten vorbereitet." (S. 158, Berlin, 25. 7. 1912.) „Es war nicht die Kaiserfeindschaft der Regierung, daß die durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina hervorgerufene Krisis 1909 keine bessere Lösung erfahren hatte." (S. 164, Berlin, 18. 10. 1912.) Und Herr Leghait aus Paris, 20. 12. 1912: „Kaiser Wilhelm scheint sich ganz besonders durch seine friedliebenden Absichten aus. Man hat das Vertrauen (in Paris!), daß im Falle eines Konfliktes zwischen Oesterreich und Serbien Rußland neutral bleiben und sofortige Deutschland keine Veranlassung zum Eingreifen haben würde." (S. 169.) Kann man sich eine stärkere Entlastung unserer Politik im Juli 1914 denken als dieses Pariser Urteil?!

Ueber den gefährlichen Dankelmut der russischen Politiker beklagt sich der französische Botschafter Cambon selbst bei Baron Beyens, vor allem über Izwolski, der sich „persönlich an Oesterreich-Ungarn rächen wolle". (S. 178, Berlin, 18. 3. 1913.) Und daß die „unerträgliche Last der dreijährigen Dienstzeit" Frankreich vor die Frage stelle, entweder zu entsagen oder in kürzester Zeit Krieg zu führen", hebt Baron Guillaume aus Paris hervor (12. 6. 1913, S. 185). Ja, das Zirkular des belgischen Außenministers vom 23. 1. 1914 bezeichnet die Politik der Poincaré, Delcassé, Millerand als „eine Gefahr für Europa und Belgien. Man kann sogar darin die größte Gefahr sehen, die heute den Frieden Europas bedroht." (S. 195.) Und Baron Guillaume, noch am 9. 6. 1914: „Sollte sich die Haltung des Petersburger Kabinetts auf die Ueberzeugung gründen, daß die Ereignisse nahe genug bevorstehen, um das Spiel des Zuwartens bedienen zu können, das es seinen Verbündeten in die Hand geben will?" (S. 208.)

Und endlich die Kardinalfrage, ob uns selbst ein siegreicher Krieg nützen könnte. Darauf antwortet Baron Beyens am 12. 6. 1914: „Deutschland hat diesen Krieg nicht nötig . . ., es braucht sich nur zu gedulden . . ., um ohne Widerspruch und ohne Kampf ganz Mitteleuropa zu herrschen." (S. 205.) Dagegen das Brüsseler Kabinett vom 8. 7. 1914: „Frankreich und Rußland spielen wahrhaftig in diesem Augenblick ein sehr gefährliches Spiel." (S. 206.)

Diese Proben werden hoffentlich viele Leser anspornen, das ganze Buch zu studieren. Indessen wäre es gewiß, in Anbetracht vieler trüber Erfahrungen, sehr erwünscht, wenn Oberst Schwertfeger, dem ich schon so viel verdanken, von diesem Auszug seines großen Werkes noch einmal einen Extrakt des Allerwichtigsten herstellen wollte, nur 15 bis 20 Seiten, die auch die Faulen und Lauen lesen könnten. Ich denke dabei etwa an die unversöhnte Art, in der Graf Montgelas soeben („Deutsche Politik" 26. 2. 1921) die Mobilmachungsfragen von 1914 mit allen wichtigsten Begleitungen auf zwei Seiten dargestellt hat. Nichts ist wichtiger, als allen Deutschen immer von neuem die morschen Grundmauern des Fehlspruches von Versailles zu weisen, auf denen die Herren der Welt in London eben ein Zuchthaus für das deutsche Volk errichten wollen.

[*] Ihre europäischen Politik 1897—1914 herausgegeben von Schwertfeger, Dorn, Köhler; 5 Bände; Berlin, R. Hobbing.

Zwischen Berlin und London.

Fest auch gegen Sanktionen.

W. T. B. meldet:

Unter der Leitung des Reichskanzlers fand gestern nachmittag eine Aussprache des Sachverständigenausschusses über die kritische Lage und die Wirkungen der von der Londoner Konferenz angedrohten Zwangsmaßnahmen statt. Alle Anwesenden waren einer Meinung darüber, daß die Maßnahmen auf das deutsche Wirtschaftsleben schwerste Wirkungen auslösen würden, daß diese Wirkungen aber die Regierung von dem Standpunkt, die Unterschrift von Verpflichtungen abzulehnen, die Deutschland zu erfüllen außerstande sei, nicht abbringen können.

Bei einer Besprechung, die gleichzeitig der Reichsminister des Innern mit den parlamentarischen Vertretern des besetzten Gebietes abhielt, wurde festgestellt, daß die angeführten Zwangsmaßnahmen schwer, aber nicht unerträglich seien, und daß die Regierung wegen der zu befürchtenden Schädigungen so weit als möglich Vorsorge getroffen habe. Die angedrohten Maßnahmen könnten keine Veranlassung geben, die von der Reichsregierung bisher eingenommene Haltung zu ändern.

Meinungsaustausch Berlin—London.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

rp. London, 4. März.

Unzählig sind die mit aller Bestimmtheit auftretenden Nachrichten aus England und anderen Quellen, die bereits ganz genaue Angaben machen, mit welchem Programm Minister Simons am nächsten Montag im St. Jamespalast erschienen wird. Man sucht diesen Nachrichten eine Glaubwürdigkeit zu geben, indem man sich auf die Informationen irgendeines Mitgliedes der deutschen Delegation beruft. Dazu gesellen sich in reicher Auswahl Zeitungsmeldungen über den Eindruck der Note in den Kreisen der Delegation. Es ist unmöglich, diese Phantasien im einzelnen zu wiederholen, denn alle Mitteilungen über angeblich neue deutsche Vorschläge sind lediglich Sensation.

Bisher befindet man sich hier und auch in Berlin noch im Stadium der Prüfung der Frage, ob ein unterbrochener Meinungsaustausch ist im Gange, der zuerst einmal eine Grundlage für die zu fassenden Entschlüsse und für die einzuhaltenden Richtlinien liefern soll. Da der Minister des Aeußern sich an verschiedenen Orten befinden, wird hier Meinungsaustausch durch einen überaus umfangreichen telegraphischen Verkehr hergestellt. Was die Gegenseite betrifft, so ist anzunehmen, daß sie sich abwartend verhält.

In Erwartung eines neuen Angebots.

Eigene Drahtmeldung.

I. N. S. London, 4. März.

Die Aufregung der letzten Tage ist heute ein wenig abgeflaut. In den Kreisen der Alliierten beschäftigt man sich in auffälliger Weise mit Hardings Inaugurationsrede und läßt die Frage der deutschen Entschädigung vorläufig ruhen, um bis Montag keine weiteren Erklärungen abgeben zu brauchen. Lloyd George konferierte eine kurze Zeit mit dem Admiral Beatty, dem ersten Seelord Englands. In den Kreisen der deutschen Delegation wird wieder mit großem Eifer daran gearbeitet, die Gestaltungsmöglichkeiten deutscher Gegenvorschläge zu der Note des englischen Ministerpräsidenten für die Uebermittlung nach Berlin zu kombinieren. Man erwartet, daß Reichsminister Dr. Simons am Montag eine detaillierte Antwort auf die Ultimatum des englischen Ministerpräsidenten geben wird. Durch die Nachrichten-Agentur „Central News" wird in London die Nachricht verbreitet, daß das Berliner Kabinett eine neue Basis für die Besteuerung der Bevölkerung ausarbeitet.

Der amerikanischen Presse zufolge, die von ihren Londoner Vertretern berichtet, daß das deutsche Kabinett die Haltung des Dr. Simons vollkommen billige. Man denke nicht daran, Dr. Simons durch einen anderen Delegationsvorsitzenden zu ersetzen. Außerdem beginne die Wahrscheinlichkeit, daß im nächsten Montag ein neues Angebot der deutschen Regierung vorgelegt werde. In einem Interview mit englischen Pressevertretern erklärte ein deutscher Delegierter, die deutsche Presse vertrete ebenso sehr wie die deutsche Regierung die Ansicht, daß die Pariser Entschließungen unmöglich für Deutschland annehmbar seien. Auch er sagte, daß es nichts von der Erfüllung Dr. Simons durch irgendeinen anderen Delegierten gebe, daß Briefwechsel sei die gegenwärtige Gedankenlosigkeit und daß die Presse, die man in Deutschland Blitze zusammenstellen können. Zum Schluß sagte er zu den englischen Pressevertretern, daß es keinen Zweck habe, die Verhandlungen fortzusetzen, wenn die Alliierten auf dem Standpunkt bestünden, sie hätten es bei der deutschen Delegation stets mit gefährlichen Banditen und Unmenschen zu tun.

Der Wille zum Bruch.

Eigene Drahtmeldung.

I. Paris, 4. März.

Briand und die anderen französischen Minister, die heute nach Paris zurückkehren sollten, bleiben in London, um die deutsche Antwort abzuwarten.

Die Note Lloyd Georges, die angeblich improvisiert war, wird von den Pariser Blättern mit Bob überschätzt. Der „Intransigeant" wirft jedoch belangt die Frage auf, welche Summe sich aus der Beschlagnahme der Güter und des deutschen Gutes im Ausland ergeben würde und ob die in Aussicht genommenen Sanktionen überhaupt genügen würden, um die Alliierten bezahlt zu machen.

In Pariser politischen Kreisen ist die Ansicht klar vertreten, daß eine ablehnende Antwort der deutschen Regierung den Franzosen weit angenehmer wäre als eine Zustimmung. Aus denselben Gedankengang heraus wird, um eine Einigung nach Möglichkeit zu erschweren, heute auch in Paris die Forderung erhoben, daß, wenn Deutschland auch das Ultimatum annimmt, es dann noch zusätzlich besondere Garantien für die Durchführung seiner Verpflichtungen notwendig wären.

Man rechnet in Londoner Kreisen damit, daß einige Mitglieder der deutschen Regierung und möglicherweise sogar das ganze Kabinett demissionieren würden.

Im Lager der Erpresser.

Eigene Drahtmeldung.

■ Basel, 4. März.

Wie bereits kurz gemeldet, zeigt sich die französische Oeffentlichkeit, über die in London erfolgten Beschlüsse sehr befriedigt. Es machen sich jedoch Zweifel bemerkbar, ob die beschlossenen Sanktionen ausreichen werden, um den Willen der Alliierten durchzusetzen. Der „Temps" erinnert daran, daß Deutschland den Vertrag von Versailles nur unter Anwendung von Drohungen unterzeichnet habe, und daß deshalb bei den künftig mit Deutschland abgeschlossenen Verträgen versucht werden müsse eine freiwillige Unterschrift zu erreichen. Wirksamer wäre es also haben, wenn die Deutschen auch in London nur wieder unter Anwendung von Zwang ihre Unterschrift leisten würden, die sie am nächsten Tage verleugnen könnten unter dem Vorwand, daß man sie eingeschüchtert habe, und daß man übrigens von niedrigen Unmöglichkeiten verlangen könnte. Frankreich dürfe jedoch nicht, um den guten Willen Deutschlands zu erkennen, weitere Zugeständnisse machen.

Nicht bemerkenswert sind auch die Mitteilungen, die der „Temps" über die Paris" über den Verlauf der Verhandlungen macht, die zur Aufstellung der Sanktionen führten, und die keineswegs reibungslos verlaufen zu sein scheinen. Vor allem habe sich offenbar Lloyd George gegen die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein lange gesträubt, da englischerseits der Beschluß bestehe, daß dieser Plan dann wieder sollte die Einrichtung einer imperialistischen Rheinlandpolitik Frankreichs zu bilden. Sehr bezeichnend ist auch, was Pertinax über die Beratungen der juristischen Kommission erzählt, welche der Rechtslage zu prüfen hatte. Die Herren beriefen den ganzen Tag. Und als sie schließlich zu einer übrigens sehr unsicheren Entscheidung gelangt waren, stellte sich heraus, daß die Regierungschefs bereits ihre Entschlüsse getroffen hatten. In London ist man der Ansicht, daß die Regierungen bis Montag nicht zusammenstellen können. Zum Schluß sagte er zu den englischen Pressevertretern, daß es keinen Zweck habe, die Verhandlungen fortzusetzen, wenn die Alliierten auf dem Standpunkt bestünden, sie hätten es bei der deutschen Delegation stets mit gefährlichen Banditen und Unmenschen zu tun.

Eine mahnende Stimme.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

rp. London, 4. März.

In einem Artikel, überschrieben „Die Gefahr der Uebereilung" führt der „Manchester Guardian" aus, die Besetzung deutscher Städte und die politische Abtrennung der Rheinlande würden Deutschlands Zahlungsfähigkeit nicht nur nicht steigern, sondern vermindern. Das Blatt bezeichnet das Ultimatum als rechtlich zweifelhaft, denn Deutschland habe bisher seine Zahlungen nicht verfäumt. Es habe nur in geringfügigen Punkten Widerstand geleistet, so in den Kohlenlieferungen. Das könne strenge Maßregeln nicht rechtfertigen. Deutschland könne nicht beabsichtigte Versäumnis bezichtigt werden, bevor man die Versäumnisse nicht genau festgestellt und ihm eine vernünftige Frist gesetzt habe.

Wenn die Blätter die Note Lloyd Georges als ein Meisterstück sehen, so haben sie insofern recht, als sie ein meisterhaftes Plädoyer für eine Seite ist. Es ist eine Geschichtsdarstellung in Schwarzweißmanier, darauf berechnet, eine Stimmung zu erzeugen, und der heraus die furchtbaren Forderungen an Deutschland gerecht erscheinen. Die Mittelmäßigkeit politisch wirkungsvoll, aber eben darum sehr weit von objektiver Geschichtsbetrachtung entfernt. In den einzelnen Punkten muß man deutschen Standpunkte auch einiges erlaubt werden. Wenn Lloyd George erklärt, die Alliierten verlangten keine Kriegsentschädigung, so muß darauf erinnert werden, daß wir keine Milliarden deutsches Gold für die Kriegsführung gezahlt haben. Wenn von den Leiden der anderen gesprochen wird, muß, um der Gerechtigkeit willen, an das entsetzliche Elend erinnert werden, das die Hungerblockade im deutschen Volke und an seinen Kindern angerichtet hat. Auch sämtliche Arzte haben wiederholt festgestellt, daß die heranwachsende Generation in einem furchtbaren gesundheitlichen Zustande ist. Diese Tatsache und der Verlust unserer Handelsflotte und der Kolonien sprechen eine deutliche Sprache.

Keine Teilnahme Amerikas an den „Sanktionen".

I. N. S. London, 4. März. (Eigene Drahtmeldung) Nachrichten aus Washington besagen, daß die Regierung — wahrscheinlich auch die Kongreßmehrheit — nicht beabsichtige, die amerikanischen Truppen zu irgend welchen Schritten teilnehmen zu lassen, welche die Alliierten eventuell unternehmen werden, um die Entscheidungen der Londoner Konferenz Deutschland aufzuzwingen.

Nur mit Zustimmung der Kammer.

Rom, 4. März. (E. U.) Die gestrigen Kammersitzungen fingen die Sozialisten in einer eigenen Interpellation Giolitti, ob er über die Londoner Verhandlungen Auskunft geben wolle. Der Ministerpräsident erwiderte, daß er nicht antworten könne, bis er sich im Besitz der dazu notwendigen Dokumente sei. Giolitti erklärten die Sozialisten, daß sie sich in der Lage seien, die Rückkehr des Grafen Sforza aus London abzuwarten. Die Sozialisten wollten wissen, ob die Regierung gegenüber Deutschland die italienische Politik gegenüber Deutschland kennen lernen und wissen, was die italienische Regierung in den Fragen, die mit dem Frieden von Europa so eng zusammenhängen, denke. Die Sozialisten hofften, daß der Ministerpräsident nicht bloß mit unverbindlichen Versprechungen vor die Kammer trete, sondern daß diese ihre Meinung kundtun können. Der Ministerpräsident antwortete, daß er beabsichtige, der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem der Vertrag nur mit Zustimmung der Kammer ausführbar sein werde. Die Kammer werde sicher entscheiden, daß ohne Zustimmung der Kammer kein internationaler Vertrag abgeschlossen werden könne. Aber im gegenwärtigen Moment könne er nicht glauben, daß die Kammer die Verdoner Verhandlungen beeinflussen wolle. In der Abstimmung wurde der sozialistische Antrag mit großer Mehrheit zurückgewiesen.

Eine Tagung der Orientkonferenz.

J. N. S. London, 4. März. (Eigene Drahtmeldung) Heute morgen fand in Downing Street eine Konferenz polischen Lloyd George und den Delegierten der türkischen und griechischen Regierung statt. Die Türken erklärten sich mit dem Vorschlag der Entente, eine Kommission zur Untersuchung der Bevölkerungsverhältnisse nach Smyrna und Thrakien zu entsenden, einverstanden. Die Ministerpräsidenten der Alliierten empfingen sodann beide Delegationen in einer offiziellen Konferenz im St. James-Palast.

Eine russisch-türkische Konferenz in Moskau.

Kopenhagen, 4. März. (O. E.) Eine Konferenz der Vertreter der türkischen Angora-Regierung mit Vertretern der russischen Sowjetregierung, die für die russisch-türkischen Beziehungen eine neue Vertragsgrundlage schaffen soll, hat in Moskau zu tagen begonnen. Die türkische Delegation besteht aus dem Mitglied der Nationalversammlung in Angora Jusuf Kemal, dem türkischen Botschafter in Moskau Ali Suad-Pascha und Riza-Nur-Bey. Russischerseits werden die Verhandlungen von Tschitscherin selbst geleitet.

Gegen den persischen Boschewismus.

P. Athen, 3. März. (Eigene Drahtmeldung) Mit der Unterstützung Englands wird augenblicklich eine Expedition gegen die Bolschewisten in Persien und den Nachbarländern ausgerüstet. Auch die Reste der bei Konstantinopel untergebrachten Wrangelarmee sollen dazu benutzt werden. Die griechische Regierung ist von der englischen Gesandtschaft ersucht worden, Transporte russischer Flüchtlinge über Saloniki nach Persien zuzulassen.

Amerikas „unbekannter Soldat".

■ Basel, 4. März. (Eigene Drahtmeldung) Der amerikanische Senat stimmte einer Entschließung des Repräsentantenhauses zu, die das Kriegsministerium ersucht, aus Frankreich den Leichnam eines unbekannten amerikanischen Soldaten überführen zu lassen, um ihn auf dem Nationalfriedhof von Arlington beisetzen zu lassen.

Hardings Antrittsrede.

Für Friedenspolitik.

Washington, 4. März. (W. T. B.-Havas.)

Die Rede, die Harding anläßlich der Uebernahme der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten hielt, hat folgenden Wortlaut:

Ein Beobachter, der seinen Blick über die Welt schweifen läßt und auf der entfesselten Qual und Not der Menschheit betrachtet, die allenthalben in großer Zahl entstanden sind, kann sich wohl kaum einer gewissen Beklemmung erwehren, wenn er die Geistigkeit der Dinge betrachtet, die all diese Unheil überlebt haben. Wenn er Amerikaner ist, so wird er mit Zuversicht, die aber doch mit Hoffnung sich mischt, die Atmosphäre atmen, die nunmehr geklärt ist. Wir haben der Entfesselung der Furie über die ganze Welt hin beigewohnt und sehen nun, daß unsere Republik immer noch stark auf ihren Fundamenten ruht, daß unsere Institutionen geretet ist. Unsere Verfassung wies nur eine Zweideutigkeit auf, aber der Fehler des Artikel 61 wurde wieder gutgemacht durch die Tatsache der Opfer und des Blutes. Die Einheit wurde stets gewahrt und ebenso der hohe Wille des Volkes, das mehr denn je vom Geiste tiefstringender Eintracht durchdrungen ist. Wir haben es erlebt, daß die ganze Welt voll Hoffnung ihre Blicke auf die großen Wahrheiten richtete, auf denen unsere Bürer ihr Werk aufgebaut hatten.

Die materiellen und moralischen Fortschritte, welche unsere Republik hat bewirklichen können, beweisen ohne weiteres die Weisheit der Politik, die uns von unseren Vätern überkommen ist, der Politik, die darin besteht, sich nicht in die Angelegenheiten der alten Welt verwickeln zu lassen. Wir haben nicht die Absicht, uns in das Wirrsal hineinziehen zu lassen. Wir werden keinerlei Verantwortung übernehmen, es sei denn, daß unser Gewissen und unser Urteil uns dazu bestimmen sollten. Unsere Augen werden niemals sich verschließen angesichts irgendeiner Drohung, die uns erwachsen könnte. Wir werden den Ruf der Zivilisation gegenüber nicht taub bleiben. Wir erkennen die neue Ordnung der Dinge mit ihren engeren Verbindungspunkten, die ein Erzeugnis des Fortschritts sind. Wir fühlen tief im Innern den Ruf des Menschenherzens nach Freundschaft, Brüderlichkeit und gegenseitiger Unterstützung. Wir hegen Freundschaft und hegen keinen Haß. Aber Amerika kann und darf nicht an irgendeinem bündigen militärischen Bündnis beteiligt sein. Es kann keinerlei politische und wirtschaftliche Verpflichtungen übernehmen, die unsere Entschließungen unter Umständen nötigen müßten, die nicht die unsrige ist. Wir hoffen, unsere Rolle zu erfüllen, indem wir einen jeden Angriffskrieg so hoffnungslos erscheinen lassen, daß die Regierungen und die Völker, die heute ihre Zukunft nehmen, bewußt werden, daß ihre Sache gerecht ist, oder aber, es müßten die Gesetzesverächter vor den Schranken des Weltgerichts erscheinen.

Wir sind bereit, mit allen Nationen der Welt, ob groß oder klein, uns zusammenzutun, zu beraten und Rat zu pflegen, um die Menschheit einer Sicherung und Aufrichtung der Rüstungen zu Sicherung und die drückenden Lasten der militärischen Einrichtungen zu Wasser und zu Lande zu erleichtern. Wir sind entschlossen, uns an der Anregung von Plänen zu beteiligen, welche die Vermittlung, die Aufrichtung, den Schiedsspruch zum Ziele haben. Mit wahrer Freude werden wir uns zu dieser Kundgebung des Fortschritts gesellen, deren Ziel es ist, Aufklärung zu verbreiten, die Gesetze der völkerrechtlichen Beziehungen niederzuschreiben und ein Weltgericht zu schaffen, um alle die Fragen zu regeln, über deren Verlage vor diesem Gericht die Nationen sich verständigen werden unter gleichzeitiger Kundgebung ihrer Ziele.

Diesen Plänen, die gangbare Wege suchen, tut den neuen Gedanken der Menschheit über Recht und Billigkeit und ihren Hoffnungen Ausdruck. Diesen preiswerten Zielen entgegen, diesen Plänen gefesselten wir uns gerne aus tiefstem Herzen zu. Aber jede Verpflichtung muß unter der Herrschaft unserer nationalen Souveränität zur Erfüllung kommen. Das soll nun nicht heißen, daß wir uns abseits halten wollen; es ist nur eine Sicherheitsmaßnahme.

Besser als je zuvor kennen wir die hohen Bestrebungen der Menschheit und teilen sie. Wir sind dahin gelangt, den Platz, den wir in der Welt einnehmen, besser zu erkennen, und die neue Wertung, die unser Land in der Welt genießt. Der Geist der Uneigennützigkeit der Vereinigten Staaten ist eine bewährte Tatsache. Unser inniges Streben nach Frieden für uns und die ganze Welt ist wohldekannt. Unsere Teilnahme an der Wahrung der Gerechtigkeit sind bewiesen und bedeutungsvollen Ausdruck. Amerika hat es nicht daran fehlen lassen, den Versuchen zu widerstehen, den Rückgang der Zivilisation herbeizuführen. In gleicher Weise wird Amerika auch heute von neuem dem morgen handeln. Amerika ist bereit, jede Ermutigung zu geben. Es wünscht von Herzen den ersten Schritt zu tun und bei jedem Plan mitzuarbeiten, der geeignet ist, die Wahrscheinlichkeit kommender Kriege zu vermindern.

Es wortet mit Unglaub darauf, die Brüderlichkeit der gesamten Menschheit zu begünstigen, die Ehre des höchsten und wahrhaft göttlichen Ausdruck der menschlichen Beziehungen ist, weil wir das Ideal der Gerechtigkeit und des Friedens lieben. Wir ziehen nach einem Hang in der

moralischen Leitung der Zivilisation,

und wir behaupten laut, daß Amerika in seiner heutigen Verfassung, die Republik, die tausendfach erprobt ist, der unerschütterliche Tempel reinster Demokratie, nicht nur ein hohes Beispiel und Muster zur Nachahmung ist, sondern auch gleichzeitig der lückenlose Hafen im Streit, wenn es gilt, den guten Willen zu festigen und die Eintracht auf beiden Weltteilen zu begünstigen. Die Menschen, unter denen solche Einigkeit herrscht, werden in vollem Vertrauen sich den lündigen Problemen, nach Besserung ihrer Beziehungen widmen können, und die Nationen werden die